

**Niederschrift**  
**über die Sondersitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und**  
**Beteiligungsausschusses**  
**am 26.09.2024**

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus  
Beginn: 15:00 Uhr  
Ende: 16:30 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen    Vorsitz

CDU

Herr Henrichsmeier  
Herr Kuhlmann  
Herr Nettelstroth                                 Stellv. Vorsitz  
Herr Rüther  
Frau Steinkröger

SPD

Frau Gorsler  
Herr Klaus  
Herr Nockemann  
Herr Prof. Dr. Öztürk

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hallau  
Herr Hood  
Frau Mamerow  
Frau Osei

FDP

Frau Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Vollmer

Die PARTEI

Herr Hofmann

AfD

Herr Dr. Sander

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Gugat  
Herr Krämer                                         (ab 15:40 Uhr)

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel                     Dezernat 1 (nur öffentlicher Sitzungsteil)  
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus                 Dezernat 2 (nur öffentlicher Sitzungsteil)  
Herr Beigeordneter Adamski                         Dezernat 3 (nur öffentlicher Sitzungsteil)  
Herr Beigeordneter Moss                             Dezernat 4 (nur öffentlicher Sitzungsteil)

Herr Erster Beigeordneter Nürnberger  
Frau Schmiedeskamp

Herr Steinmeier  
Frau Ley

Frau Mülöt

Dezernat 5 (nur öffentlicher Sitzungsteil)  
Konzerncontrolling und steuerliche Angelegenheiten  
(nur öffentlicher Sitzungsteil)

Presseamt (nur öffentlicher Sitzungsteil)  
Büro des Oberbürgermeisters und des Rates  
(nur öffentlicher Sitzungsteil)

Büro des Oberbürgermeisters und des Rates  
(Schriftführung)

Gäste

Frau Dr. Müller-Steinhauer

Polizeipräsidentin Bielefeld  
(nur öffentlicher Sitzungsteil)

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sondersitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA) (39. Sitzung) und stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung sei unter TOP 1.2.3 um einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.09.2024 zu erweitern (Drucks. Nr. 8774/2020-2025).

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

-.-.-

## **Zu Punkt 1**

### Sicherheit in Bielefeld

Beratungsgrundlagen:

Drucksachen:

8595/2020-2025 (Informationsvorlage der Verwaltung)

8556/2020-2025 (Antrag der CDU-Fraktion)

8659/2020-2025 (Antrag der FDP-Fraktion)

8675/2020-2025 (Antrag der Ratsgruppe AfD)

8774/2020-2025 (Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bdn. 90/Die Grünen)

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Polizeipräsidentin Dr. Müller-Steinhauer und bittet sie, einen Überblick über die aktuelle Situation in Bielefeld zu geben.

Frau Dr. Müller-Steinhauer berichtet anhand einer Präsentation (*Hinweis: Die Präsentation ist im PDF-Format zu diesem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem eingestellt.*)

Das wichtigste Ziel der zwischen der Polizei und der Stadt Bielefeld geschlossenen Kooperationsvereinbarung sei die Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit in Bielefeld. Zurzeit stünden vier Schwerpunktbereiche im Fokus, in denen die Kriminalität in den letzten Monaten auffallend stark angestiegen sei: der Kesselbrink, das Ostmanturm-Viertel, die „Tüte“ am Bahnhof und der Jahnplatz. Das fehlende Sicherheitsbedürfnis werde nicht alleine durch Straftaten, sondern auch durch ein Konglomerat unterschiedlicher Faktoren hervorgerufen, wie zum Beispiel Beleuchtung, Lärm, Müll, bestimmte Menschengruppen, Streitigkeiten.

Als Ergänzung zu den bisher vereinbarten Maßnahmen, wie z. Bsp. den Einsatz eines Streifendienstes, Durchführung von Razzien und Bürgerrechttagen, habe sie eine „Sonderkommission (Soko) Innenstadt“ eingerichtet, die ab Oktober 2024 verstärkt Präsenz zeigen werde. Die Soko sei der Polizeipräsidentin direkt unterstellt und fasse 13 Personen mit besonderer Fachexpertise zusammen. Bis 31.08.2025 werde die Arbeit evaluiert und dann ggf. nachgesteuert. Räumlich werde die Soko in den ehemaligen Räumen der Touristinformation untergebracht.

Frau Dr. Müller-Steinhauer erläutert, dass die Polizei Bielefeld über die Einrichtung einer Waffenverbotszone nicht selbst entscheiden könne, sondern diese bei der übergeordneten Behörde beantragen müsse. Für die Einrichtung einer mobilen Videoüberwachung sei die Bielefelder Polizei entscheidungsbefugt, allerdings an enge gesetzliche Vorgaben gebunden.

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt Frau Polizeipräsidentin Dr. Müller-Steinhauer für ihre Ausführungen und bittet um Erläuterungen zu den vorliegenden Anträgen.

Herr Nettelstroth begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Herr Klaus appelliert ergänzend daran, die notwendigen Umbauten im Umfeld der Stadthalle so schnell wie möglich vorzunehmen.

Frau Wahl-Schwentker weist darauf hin, dass in der Kooperationsvereinbarung nach wie vor das Ziel fehle, auf die Verkleinerung der Szene und die Senkung der Anzahl der Delikte hinzuwirken. Der Änderungsantrag der Koalition gehe der FDP-Fraktion nicht weit genug, daher werde sie sich bei der Abstimmung über den Antrag enthalten.

Herr Dr. Sander führt aus, dass seiner Meinung nach die betroffenen Personengruppen näher evaluiert werden sollten.

Herr Vollmer erklärt, dass sich die Fraktion Die Linke gegen die Einrichtung einer Waffenverbotszone und eine Videoüberwachung ausspreche. Beide Maßnahmen seien hier nicht zielführend. Daher werde er sich bei der Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthalten.

Zum gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen stellt Herr Gugat folgenden Änderungsantrag: **„Unter dem Punkt „Repression“ wird der letzte Satz im letzten Aufzählungspunkt wie folgt erweitert: *Das Konzept zur diskriminierungsfreien Polizei- und Ordnungsarbeit der Stadtwache wird evaluiert und in der Novembersitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses vorgestellt.*“**

Herr Hofmann stellt zum gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen folgenden Änderungsantrag zum Punkt „Polizeiliche Maßnahmen“, letzter Aufzählungspunkt: **„Der letzte Aufzählungspunkt wird um den Zusatz *Als Drogenspürhunde werden ausschließlich die Rassen Golden Retriever, Mops und Pekinesen eingesetzt.* erweitert.“**

**Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Clausen zieht die CDU-Fraktion ihren ursprünglichen Antrag aufgrund des gemeinsamen Antrags mit den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zurück.**

Herr Oberbürgermeister Clausen lässt sodann über die drei verbleibenden selbstständigen Anträge der FDP-Fraktion, der Ratsgruppe AfD und den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufgrund ihrer Gleichrangigkeit hinsichtlich des jeweiligen Umfangs in der Reihenfolge ihres Eingangs abstimmen.

Zunächst bittet Herr Oberbürgermeister Clausen um Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion und stellt folgendes **Ergebnis** fest:

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion mit großer Mehrheit ab.**

Sodann bittet Herr Oberbürgermeister Clausen um Abstimmung über den Antrag der Ratsgruppe AfD und stellt folgendes **Ergebnis** fest:

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss lehnt den Antrag der Ratsgruppe AfD mit großer Mehrheit ab.**

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet nun um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Gugat zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen und stellt folgendes **Ergebnis** fest:

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss lehnt den Ergänzungsantrag bei einer Enthaltung mit großer Mehrheit ab.**

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsgruppe Die Partei zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen und stellt folgendes **Ergebnis** fest:

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss lehnt den Ergänzungsantrag mit großer Mehrheit ab.**

Zuletzt bittet Herr Oberbürgermeister Clausen um Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

### **Beschluss:**

#### **Prävention:**

- Die Verwaltung wird mit der Prüfung einer neuen Anlaufstelle für Suchterkrankte im Bereich „Tüte“ / Nahariyastraße beauftragt. Dort sollen auch Toiletten und Aufenthaltsmöglichkeiten entstehen.
- Weiterhin unterstützen wir die Verwaltung mit der Umsetzung der in der Drucksache 8478/2020-2025 umfassend beschriebenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen (SGA 10.09.24). Laufende und geplante Maßnahmen sind einem kontinuierlichen Controlling zu unterziehen und dem Ausschuss vorzulegen.
- Die Verwaltung wird beauftragt und die Polizei wird gebeten, verstärkt Programme zur Gewaltprävention in den Schulen, der OGS und der OKJA anzubieten.
- Wir unterstützen die Einrichtung eines „Haus des Jugendrechts“ am Boulevard, damit Rechtsverstöße im Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenz schneller und konsequent geahndet werden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig Gespräche mit den umliegenden Kommunen (Regiopole) und weiteren Akteuren zu führen, mit dem Ziel, Lösungen für die Szeneangehörigen aus OWL in ihren jeweiligen Kommunen zu finden.

#### **Städtebauliche Maßnahmen:**

- Die Verwaltung wird beauftragt, sog. „Dunkle Orte“ strukturiert

zu erfassen und kurzfristig durch geeignete Maßnahmen, wie bessere Beleuchtung, topografische Eingriffe, Rückschnitte, weitere städtebauliche Maßnahmen o.ä., deutlich zu verbessern.

- Der Sozial- und Kriminalpräventive Rat wird beauftragt die Quartiersrundgänge wiederaufleben zu lassen und weiterzuentwickeln. Ziel ist es, Schwachstellen zu finden, Veränderungsbedarfe festzustellen und deren Behebung möglichst schnell zu veranlassen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Geschäftsführerin der BBVG wird gebeten, zu prüfen, ob das erweiterte Stadthallenumfeld an die BBVG übertragen werden kann, damit diese dort Hausrecht ausüben kann. Mögliche Zweckbindungen und rechtliche Eigentumsverhältnisse sind hierbei zu beachten.
- Maßnahmen zur städtebauverträglichen Abgrenzung des unmittelbaren Stadthallenumfelds zu „Tüte“ und Stadthallenpark sollen zeitnah umgesetzt werden. Die Einbeziehung des Bereichs um die „Tüte“ in die Neugestaltung des Hauptbahnhofsumfelds wird weiterverfolgt.

#### **Partizipation:**

- Die bereits im HWBA beschlossenen Stadtbezirkskonferenzen zu Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit werden fortgeführt.
- Die Verwaltung wird beauftragt, Bürgerbeteiligungsverfahren zu starten, um Kesselbrink, Jahnplatz und weitere Orte gemeinsam mit Bürger\*innen, Akteur\*innen und Nutzer\*innen attraktiver zu gestalten. Hierbei kann es um vermehrte kulturelle Angebote ebenso gehen, wie um bauliche Veränderungen, bessere Beleuchtung und andere Maßnahmen. Ziel ist eine bessere Identifikation der Bürger\*innen mit „ihren“ Plätzen.
- Die bereits laufenden Partizipationsformate vor Ort (Runde Tische, Gesprächsrunden mit „Stakeholdern“) sind weiterzuführen, besser zu koordinieren und die Ergebnisse umzusetzen.

#### **Polizeiliche Maßnahmen:**

- Die veränderte Sicherheitslage erfordert es, die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld und der Polizei NRW zeitnah zu evaluieren und den Gegebenheiten entsprechend anzupassen.
- Wir begrüßen die Einrichtung der „Soko Innenstadt“ der Polizei Bielefeld.
- Wir unterstützen die derzeitige Prüfung von Waffenverbotszonen und Videoüberwachung.
- Die Polizei wird gebeten, verurteilte Intensivtäterinnen und Intensivtäter im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten aufzusuchen, um Waffenkontrollen durchzuführen.
- Die organisierte Drogen- und Rauschgiftkriminalität auf den zentralen Plätzen unserer Stadt muss konsequent verfolgt werden. Hierzu gehören regelmäßige Kontrollen, das Zurückschneiden von Grün und der Einsatz von Drogenspürhunden bei Streifengängen.

#### **Repression:**

- Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept der Stadtwache weiterzuentwickeln und schnellstmöglich einen neuen Standort

im Innenstadtbereich zu suchen. Sollte eine bessere personelle Ausstattung in Zusammenarbeit mit der Polizei notwendig sein, so werden wir das prüfen. Eine adäquate Sicherheitsausrüstung ist unabdingbar und muss gewährleistet sein.

- Um mehr Präsenz in den Abend- und Nachtstunden sowie am Wochenende gewährleisten zu können, wird die Verwaltung beauftragt, die Einsatzzeiten der Stadtwache zu überarbeiten und anzupassen. Weitere Akteure, wie beispielsweise moBiel, werden hinzugezogen. Eine mobile Stadtwache am Kesselbrink und/oder Jahnplatz ist vorzusehen.
- Das Ordnungsamt wird gebeten, darzulegen, ob und wie mit dem vorhandenen Personal und Ausstattung bei Bildung von Einsatzschwerpunkten eine intensivere Präsenz in Bezug auf die Kriminalitätsschwerpunkte, auch in den Abend- und Nachtstunden sowie am Wochenende sichergestellt werden kann. Darüber soll in der HWBA-Sitzung im November dieses Jahres berichtet werden.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 1.1 Sicherheitskonzept - Zwischenbericht zur Umfeldanalyse sowie Partizipation - 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8595/2020-2025

Die Beratungen und Protokollierung zu diesem TOP erfolgte unter TOP 1.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 1.2.1 "Zunehmender Gewalt begegnen - Endlich wieder mehr Sicherheit für Bielefeld" (Antrag der FDP-Fraktion vom 09.09.2024 zum Antrag des CDU-Antrags unter TOP 4.1) - 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8659/2020-2025

Die Beratung, Abstimmung und Protokollierung zu diesem TOP erfolgte unter TOP 1.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

**Zu Punkt 1.2.2 Sicherheitsstrategie verbessern und konsequent umsetzen (Änderungsantrag der Ratsgruppe AfD vom 10.09.2024) - 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8675/2020-2025

Die Beratung, Abstimmung und Protokollierung zu diesem TOP erfolgte unter TOP 1.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

---

**Zu Punkt 1.2.3 Sicherheit in Bielefeld (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.09.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8774/2020-2025

Die Beratung, Abstimmung und Protokollierung zu diesem TOP erfolgte unter TOP 1.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

---

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her und bittet auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mit Ausnahme der Schriftführung, den Raum zu verlassen.